

DAS WAHLRECHT VON LIECHTENSTEIN  
ALS VERWIRKLICHUNG  
DER DEMOKRATISCHEN WAHLRECHTSIDEE

VON  
CARLO SCHEIBER

MÄRZ 1967

## INHALTSVERZEICHNIS

ERKLÄRUNG FÜR RECHTSBEGRIFFE	11
EINLEITUNG	13
I. Teil: DIE ENTWICKLUNG DES LIECHTENSTEINISCHEN WAHLRECHTS	15
A. Die verfassungsrechtliche Entwicklung	15
I. Die absolute Monarchie (1719—1818)	16
II. Die landständische Verfassung (1818-1862)	19
III. Die konstitutionelle Monarchie (1862—1921)	20
a) Der ursprüngliche Zustand	21
b) Einführung des direkten und gleichen Stimmrechts 1918	23
IV. Die Verfassung vom 5. Oktober 1921	24
a) Der ursprüngliche Zustand	25
b) Änderungen der Verfassung von 1921; insbesondere soweit sie bezüglich des Wahlrechts von Bedeutung sind	31
1. Verfassungsgesetz vom 18. Jan. 1939 betr. Abänderung von Art. 46, 47, 49 u. 53 der Verf. v. 5. 10.1921	31
2. Verfassungsgesetz vom 30. Dez. 1947	31
3. Verfassungsgesetz vom 18. Juni 1949	32
4. Verfassungsgesetz vom 25. Febr. 1958 betr. Ergänzung bzw. Abänderung der Art. 47 Abs. 1, 59 u. 97 der Verf. vom 5. 10. 1921 und Aufhebung des Verf.-Ges. vom 18. Juni 1949	32
5. Verfassungsgesetz vom 23. Dez. 1958 betr. Abänderung des Art. 102 der Verf. (LGB1. 7 vom 3. 4.1959)	32
6. Verfassungsgesetz vom 28. Dez. 1963	33
7. Verfassungsgesetz vom 3. Febr. 1965	33
B. Die Wahlgesetzgebung im einzelnen	34
I. Das Wahlgesetz vom 31. August 1922	34
II. Das Gesetz vom 14. Juli 1930 über die Abänderung des Wahlgesetzes vom 31. Aug. 1922 (wurde später aufgehoben)	36
III. Das Gesetz vom 21. Febr. 1932 über die Abänderung des Wahlgesetzes vom 31. Aug. 1922 (wurde später aufgehoben)	36
IV. Das Wahlgesetz vom 18. Jan. 1939 über die Einführung des Verhältniswahlrechts (und Aufhebung des Gesetzes vom 21. Febr. 1932 und Abänderung des Wahlgesetzes vom 31. Aug. 1922)	37
V. Das Gesetz vom 30. Dez. 1947 über die Aufhebung des Gesetzes vom 14. Juli 1930 (und Abänderung der Wahlgesetze vom 31. Aug. 1922 und 18. Jan. 1939)	38

## INHALTSVERZEICHNIS

VI. Das Gesetz vom 30. Dez. 1947 über die Abänderung der Bestimmungen über die Durchführung der Gemeindewahlen und Abstimmungen in Gemeindeangelegenheiten	38
VII. Das Gesetz vom 25. Febr. 1958 betr. Abänderung der Wahlgesetze vom 18. Aug. 1922 und vom 18. Jan. 1939	39
II. Teil: DAS GEGENWÄRTIGE WAHLRECHT IN LIECHTENSTEIN	41
A. Das Wahlverfahren	41
I. Die Wahlvorbereitung	41
a) Die Anordnung der Wahl	41
b) Die Bildung der Wahlorgane	42
c) Die Erfassung der Stimmberechtigten	42
d) Die Zulassung der Wahlvorschläge	43
e) Die wahltechnischen Maßnahmen	44
II. Die Wahlhandlung	45
III. Die Wahlergebnisfeststellung	46
B. Der Schutz des subjektiven Wahlrechts und der Wahlhandlung	47
I. Der Schutz des subjektiven Wahlrechts	47
a) Das Einspruchsverfahren bei Auslegung der Wählerverzeichnisse	47
b) Die Beschwerde bei Nichtzulassung zur Wahlhandlung	48
II. Der Schutz der Wahlhandlung	48
a) Die wahlpolizeilichen Maßnahmen	48
b) Die strafrechtlichen Maßnahmen	48
c) Die verfassungsrechtlichen Schutzbestimmungen	49
C. Die Wahlprüfung	50
I. Die Wahlprüfung auf Wahlbeschwerde	50
a) Der Gegenstand der Wahlbeschwerde	50
b) Das Verfahren der Wahlbeschwerde	51
II. Die Mandatsprüfung des Landtags	52
D. Die Beendigung des einzelnen Mandats	53
III. Teil: DIE DURCHFÜHRUNG DER DEMOKRATISCHEN WAHLRECHTSGRUNDSÄTZE IN LIECHTENSTEIN	55
A. Vorbemerkung	55
B. Die demokratische Wahl	56
I. Der Begriff der demokratischen Wahl	56
II. Die einzelnen demokratischen Wahlrechtserfordernisse	57
a) Das Erfordernis der Unabhängigkeit der Aktivbürgerschaft	57
b) Die allgemeinen Wahlrechtsgrundsätze	58

C. Die Durchsetzung der demokratischen Wahlrechts-Grundsätze in Liechtenstein	60
I. Die „gleiche“ Wahl	60
a) Die Wahlberechtigungsgleichheit	61
b) Die Stimmzahlgleichheit	64
c) Die Stimmeneinflußgleichheit	64
1. Die Stimmengewichtsgleichheit	64
2. Die Vertretungsgleichheit	69
d) Die Bewerbungs- und Nominationsgleichheit	75
e) Die passive Wahlberechtigungsgleichheit	76
f) Die Sanktionen bei Übertretungen bei Wahlen und Abstimmungen und das Prinzip der Wahlrechtsgleichheit	76
II. Die freie Wahl	77
a) Die Freiheit der Beteiligung an der Wahl	77
b) Die Freiheit der Abstimmung	79
c) Die Bewerbungs- und Nominationsfreiheit	80
d) Die Wahlkampffreiheit	85
III. Die „allgemeinwählbare“ Wahl	86
a) Einschränkungen durch das Abhängigmachen von bestimmten Voraussetzungen in der Person des Wählers	86
b) Einschränkungen des Allgemeinheitsgrundsatzes beim passiven Wahlrecht	87
c) Der Wahlrechtsgrundsatz der Allgemeinheit bei Wahlvorschlägen, insbesondere das Unterschriftenquorum	87
IV. Die unmittelbare Wahl	89
a) Die Zwischenschaltung der Parteien bei der Verhältniswahl	90
b) Die Listenwahl und die Unmittelbarkeit der Wahl	90
c) Die Wahl ohne Wahlvorgang	91
d) Die „stille“ Wahl	91
V. Die geheime Wahl	92
a) Die geheime Wahl als Sicherung der freien Wahl	92
b) Geheimhaltung und passives Wahlrecht	93
c) Der Geheimhaltungsgrundsatz im Wahlvorbereitungsverfahren	93
d) Die Sicherung der geheimen Wahl durch technische Vorrichtungen	94
e) Der Strafschutz der geheimen Wahl	94
VI. Schlußwort	94
ANHANG	95
Auszug aus der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein vom 5. Oktober 1921	95
Gesetz vom 31. August 1922 betreffend die Ausübung der politischen Volksrechte in Landesangelegenheiten	98
Gesetz vom 18. Januar 1939 über die Einführung des Verhältniswahlrechtes	121
Verordnung vom 19. April 1945 betreffend die Einführung von Stimmkarten bei Landtagswahlen und Abstimmungen	131
Verwandte Gerichtsentscheidungen	132
Verzeichnis der verwandten Literatur	134